

BDS-Info.ch

BOYKOTT – DESINVESTITION – SANKTIONEN gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besatzung in Palästina

AKADEMISCHER BOYKOTT – BRITISCHE UNIS MACHEN MOBIL

Ende Mai fand in Genf im Rahmen einer Konferenz der europäischen Palästina-Solidarität ein Workshop über Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) statt. Mit auf dem RednerInnenpult war Jonathan Rosenhead, ein Vertreter des britischen Komitees für palästinensische Universitäten (BRICUP), das sich für den akademischen Boykott Israels und die Unterstützung palästinensischer Universitäten einsetzt. Wir haben ihn zur Arbeit von BRICUP befragt.

Kannst du etwas über die Entstehung von BRICUP sagen?

BRICUP wurde 2003 gegründet. Einige Mitglieder waren zuvor am Aufruf zur Streichung der europäischen Gelder für israelische Kultur- und Forschungseinrichtungen beteiligt, der 2002 nach der militärischen Wiederbesetzung des Westjordanlandes an die EU und die Europäische Wissenschaftsstiftung (ESF) erging. BRICUP konnte sich in kurzer Zeit gut profilieren, besteht aber vor allem aus einem relativ kompakten AktivistenInnenkern.

Gibt es historische Beispiele für akademischen und kulturellen Boykott?

Das offenkundigste Beispiel ist Südafrika. Das ist ein Land mit historischen Bindungen zu Grossbritannien. Vielleicht war das der Grund, warum die Bewegung für den Boykott südafrikanischer Universitäten hier ihren Ursprung nahm. Das war 1965, als nahezu 500 britische AkademikerInnen in einem offenen Brief den Aufruf des African National Congress zum akademischen und kulturellen Boykott ihres Landes unterstützten. Das wurde schliesslich die offizielle Politik der Hochschullehrergewerkschaft AUT. Damals ging es um einen akademischen und kulturellen Boykott. Auch heute macht sich im Gefolge des akademischen Boykotts auch ein kultureller Boykott Israels bemerkbar, bei dem FilmemacherInnen eine führende Rolle spielen.

Welche konkreten Möglichkeiten habt ihr, palästinensische akademische Institutionen zu unterstützen?

Die Unterstützung palästinensischer Universitäten erfordert Mittel, die unsere Möglichkeiten als Komitee, das praktisch kein Geld hat und gänzlich auf der Basis freiwilliger Arbeit funktioniert, deutlich übersteigt. Wir bemühen uns aber zum Teil in unseren eigenen Universitäten um die Aufnahme und den Ausbau von Beziehungen zu palästinensischen Universitäten.

Ihr wollt AkademikerInnen ermutigen, ihre beruflichen Kontakte zu Israel abzubauen. Wie erfolgreich seid ihr damit?

Einige ProfessorInnen haben öffentlich erklärt, dass sie nicht bereit sind, an Veranstaltungen mitzumachen, die von israelischen Universitäten organisiert oder gesponsert werden. Viele andere lehnen solche Kontakte ab, ohne das öffentlich zu deklarieren.

In Genf wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, den individuellen Boykott sichtbar zu machen. Wie erreicht ihr die Öffentlichkeit? Und wie reagieren israelische Institutionen und die britischen Medien darauf?

Während der letzten eineinhalb Jahre hatten wir wenig Mühe, in die Medien zu kommen. Der akademische Boykott war ein Dauerbrenner. Das heisst noch nicht, dass wir gleich viel Sendezeit bekommen wie die israelfreundliche Regierungslobby. Sie sind gut organisiert (und haben genügend Geld). Zudem stösst die *Idee* Israel immer noch auf breite Zustimmung, auch von denen, die bedauern, dass die israelische Politik anders ist, als sie es gerne hätten. Die israelischen Reaktionen waren ziemlich hysterisch, insbesondere auf die Beschlüsse der Hochschullehrergewerkschaften.

Für Schweizer Verhältnisse klingt es erstaunlich, dass AkademikerInnen die Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen ablehnen, da es zwischen der Schweiz und Israel eine intensive Zusammenarbeit auf vielen Ebenen gibt. Wie erklärst du dir den Rückhalt für den akademischen Boykott in England?

In England gab es eine ausgeprägte Opposition gegen die Thatcher-Politik an den Unis. Der Widerstand gegen den Irak-Krieg war zwar weniger lautstark, aber weit verbreitet. Diese linke Opposition bildet den Kern der Boykottbewegung, wobei der Boykott unter gewerkschaftlich organisierten AkademikerInnen vermutlich mehr Anklang findet als im übrigen Lehrkörper.



Boykottplakat gegen Apartheid in Südafrika 1981, Boykottplakat gegen Apartheid in Israel 2006

Gibt es aus anderen europäischen Ländern Reaktionen auf den akademischen und kulturellen Boykott israelischer Institutionen?

Die Reaktionen sind uneinheitlich. Etwa 2002 gab es einen mutigen Boykottaufruf, der an französischen Universitäten breit unterstützt wurde. Ein grosser Teil dieser Unterstützung brach aber angesichts der Drohungen der französischen Regierung wieder zusammen. Natürlich gibt es in vielen Ländern einen bedeutenden individuellen Boykott, ohne ausdrücklichen Beschluss von Institutionen oder Gewerkschaften. In Irland haben gerade zahlreiche AkademikerInnen die Forderung aufgestellt, Israel von den EU-Forschungsgeldern auszuschliessen.

Vielfach wird euch vorgeworfen, mit dem Boykott die „akademische Freiheit“ einzuschränken. Zudem sollten israelische AkademikerInnen nicht vor den Kopf gestossen werden, da sie wichtige Verbündete im Kampf gegen die rassistische und koloniale Politik Israels sein könnten. Israelische AkademikerInnen geniessen tatsächlich ein hohes Mass an akademischer Freiheit, das viele dafür nutzen, sich massgeblich am Ausbau der Unterdrückungsmaschinerie der israelischen Regierung zu betei-

ligen. In einer demnächst erscheinenden Broschüre über Boykott befassen wir uns ausführlich mit dieser Komplizenschaft. Was die palästinensische Seite betrifft, macht die Verweigerung grundlegender Menschenrechte wie des Rechts, ungehindert zu reisen, allein die Vorstellung von akademischer Freiheit zur Farce.

Was die angebliche Rolle israelischer AkademikerInnen als Verbündeter für eine Veränderung betrifft, muss man sagen, dass es wirklich einige mutige Persönlichkeiten gibt. Es sind aber beschämend wenige. Die Mutigsten unter ihnen stehen auch oft hinter dem Boykott. Wir sind jederzeit bereit, mit israelischen AkademikerInnen über den Boykott und die israelische Politik, die ihm zugrunde liegt, zu sprechen. Wozu wir nicht bereit sind, ist so zu tun, als wäre nichts. Sie müssen begreifen, dass nicht nur die Mittäterschaft, sondern auch das schweigende Hinnehmen Folgen haben.

Welche Kriterien wendet ihr an, um zu entscheiden, mit welchen israelischen AkademikerInnen ihr zusammenarbeitet und mit welchen nicht?

Die Palästinensische Kampagne für kulturellen und akademischen Boykott (PACBI, siehe Hinweis auf die Website von PACBI auf S. 4), auf die wir uns beziehen, spricht sich nicht für den Boykott von Personen, sondern von Hochschuleinrichtungen aus. Die Zielsetzung ist eindeutig: Wir lehnen es ab, an Konferenzen in Israel teilzunehmen, Forschungsprojekte mitzutragen, die von israelischen Unis (mit)finanziert werden und Gutachten für Arbeiten zu schreiben, die an israelischen Unis verfasst werden. Und wir versuchen, andere internationale Hochschulgremien dafür zu gewinnen, dasselbe zu tun. Wir haben aber keine Klausel, die einzelne AkademikerInnen ein- oder ausschliesst.

Wie sehen eure Kontakte zu den Gewerkschaften aus?

Die Gewerkschaften hatten grossen Einfluss auf BRICUP und die Kampagne für einen akademischen Boykott. Eine der Gewerkschaften der HochschuldozentInnen (AUT, die unterdessen mit einer zweiten Gewerkschaft zur UCU fusioniert ist) stellte sich 2003 hinter den Aufruf zur Einstellung europäischer Forschungsgelder für Israel. Zwei Jahre später wurde zum Erstaunen aller an der Jahresversammlung ein Antrag angenommen, zwei israelische Universitäten (Haifa und Bar Ilan) zu boykottieren. Ab diesem Zeitpunkt wurde das Thema weltweit von den Medien aufgegriffen, nicht zuletzt wegen der krampfhaften israelischen Reaktion. Zwar konnte die Israel-Lobby die Resolution einen Monat später an einer Spezialkonferenz wieder kippen, doch das Thema war nun in Umlauf gebracht. In der neuen Gewerkschaft muss die Sache nun noch einmal ausgefochten werden. Aber jede Kampagne, ob erfolgreich oder nicht, lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur auf den Boykott, sondern auch auf Israels schändliche Besatzung.

Ausserhalb des Hochschulsektors waren die britischen Gewerkschaften bis jetzt eher passiv. Die Resolutionen, die dieses Jahr von der südafrikanischen COSATU, der kanadischen CUPE (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes) und den irischen TransportarbeiterInnen verabschiedet wurden, sind aber äusserst ermutigend.

Kannst du uns ganz konkret von eurer Arbeit erzählen?

Bisher haben wir vor allem auf Anfragen, zum Beispiel nach ReferentInnen, reagiert. Dieses Jahr versuchen wir, gezielter Veranstaltungen an wichtigen Universitäten durchzuführen. Manchmal können wir Dank unseres unterdessen ausgedehnten Beziehungsnetzes Pressekommunikés zu aktuellen Ereignissen herausgeben. Die schon erwähnte Broschüre, die wir vorbereiten, wird ein wichtiges Instrument zur Verbreitung unserer Ideen und zur Veränderung des intellektuellen Klimas sein und

AktivistInnen, die diesen Kampf in ihr Umfeld tragen wollen, als Leitfaden dienen. Wir sind keine Mitgliederorganisation und haben kein Geld, um grosse Auftritte zu organisieren. Wir nehmen mit anderen grossen Organisationen Kontakt auf und versuchen, Einfluss auf sie zu nehmen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Welche Rolle spielen die StudentInnen in BRICUP?

Unser Komitee besteht ausschliesslich aus HochschuldozentInnen, nicht aus Studierenden. Wir sprechen in erster Linie anderes Lehrpersonal an und versuchen, unsere KollegInnen zu einem Gesinnungswandel zu bewegen, und weniger, sie durch StudentInnenproteste unter Druck zu setzen. Dennoch nehmen an unseren Veranstaltungen oft mehrheitlich Studierende teil. Manchmal mobilisiert auch die jüdische StudentInnenenschaft, was zu lärmigen Veranstaltungen führen kann.

Wie lange wird der Boykott andauern?

Der Boykott wird andauern, bis Israel eine akzeptable Einigung mit den PalästinenserInnen erzielt, d.h., er wird enden, wenn die PalästinenserInnen sagen, dass er nicht mehr länger notwendig ist.

Zur Person

Jonathan Rosenhead ist seit zwei Jahren bei BRICUP. Seit 1967 unterrichtet er an der London School of Economics, seit 1987 ist er Professor für Betriebswissenschaft. Politisch hat er sich u.a. in der Labour Party und zum Thema der gesellschaftlichen Verantwortung in der Wissenschaft engagiert, mit der Israel-Palästina-Frage befasst er sich erst seit ein paar Jahren.

Weitere Informationen zu BRICUP unter: www.BRICUP.org.uk/

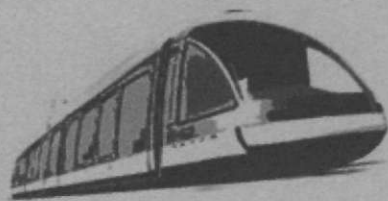


SpenderInnen gesucht!

Wir haben in der Schweiz mit der Umsetzung des BDS-Aufrufes begonnen. Mit den ersten 3000.– Franken konnten wir die Webseite *bds-info* realisieren und verschiedene schriftliche Unterlagen veröffentlichen. Um die Kampagne weiterzuentwickeln, braucht es aber mehr Geld. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, in den nächsten Monaten **10'000.– Franken** zu sammeln. Das Geld soll für die Herstellung von Informationsblättern und Kampagnenmaterial (Aufkleber, Plakate etc.) für die gesamtschweizerische BDS-Kampagne genutzt werden.

Spenden bitte auf Konto 40-307393-0 (Boykott Apartheid – Made in Israel, 4002 Basel) oder per vorgedrucktem Einzahlungsschein (bitte anfordern). **Besten Dank!**

KAMPAGNE GEGEN CONNEX/ALSTOM WEGEN TRAMBAU IN OSTJERUSALEM



Connex und Alstom, zwei internationale Investoren des Konsortiums Citypass, erhielten 2002 den Zuschlag für den Bau eines Strassenbahnnetzes in Jerusalem. Citypass ist zuständig für den Unterhalt während die nächsten dreissig Jahre. Die Strassenbahn soll u.a. verschiedene jüdische Siedlungen rund um das 1967 besetzte Ostjerusalem, die auf annektiertem palästinensischem Boden errichtet wurden, an das Zentrum anbinden. Sie ist ein integraler Bestandteil der Siedlungsinfrastruktur und stellt einen klaren Verstoß internationalen Rechts und namentlich der Vierten Genfer Konvention dar, die die Einverleibung besetzter Gebiete, die Umsiedlung der dortigen Bevölkerung und Ähnliches verbietet.

Mit dem Bauvorhaben unterstützen Connex und Alstom direkt die rassistische israelische Politik der Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Hauptstadt Jerusalem. Das Strassenbahnprojekt ist neben der Intensivierung des Baus illegaler Siedlungen ein weiterer Schritt zur Errichtung von „Grossjerusalem“. Ganze Stadtteile werden getrennt, abgeriegelt und abgeschnitten, die Bewegungsfreiheit der palästinensischen BewohnerInnen und der Transport ihrer Güter zwischen Jerusalem und dem umgebenden Westjordanland beinahe verunmöglicht.

Aktionen in der Schweiz und anderen Ländern

Im März wurde bekannt, dass die Busgesellschaft Dupraz, ein Subunternehmen der Genfer Verkehrsbetriebe, von Connex aufgekauft wurde. Das Collectif Urgence Palestine (CUP) nahm dies zum Anlass, um während des Automobilsalons eine Busblockade durchzuführen und die Genfer Behörden aufzufordern, den Vertrag mit Connex aufzukündigen, keine neuen Verträge abzuschliessen und einen Ethik-Code für die Bewertung von Geschäftspartnern einzuführen. Zwischen CUP und Gewerkschaften wurden in dieser Sache engere Kontakte geknüpft. In einem zweiten Schritt gelangte das CUP mit einem von anderen Gruppen mitunterzeichneten Schreiben an das Verkehrsdepartement mit der Forderung, keine Verträge zwischen den SBB und Connex zu unterzeichnen. In der Deutschschweiz und namentlich in Bern bestehen bereits Verträge zwischen Connex und privaten oder halbprivaten Unternehmen.

Federführend in der Kampagne gegen Connex und Alstom sind französische Gruppen, da es sich um französische Unternehmen handelt. Bei den Aktionärsversammlungen wurden Aktionen durchgeführt, und verschiedene Palästina-Komitees, Amnesty International sowie französische Gewerkschaften informierten die Öffentlichkeit und übten Druck auf die Regierung aus, die für den Vertrag zwischen Connex/Alstom und der israelischen Regierung Pate gestanden ist.

In Irland konnte die Palästina-Solidarität gemeinsam mit Gewerkschaften einen kleinen Erfolg verbuchen, indem sie Connex, die dort als Veolia Irland operiert, zur Aufkündigung eines Vertrages zwingen konnte. Dieser sah eine Schulung von israelischen Fahrern und Mechanikern am Dubliner Verkehrsnetz vor, das dem in Jerusalem in Bau befindlichen System ähnlich ist.

Ziel der Kampagne

Durch Druck sollen private und öffentliche Unternehmen, die mit Connex und Alstom zusammenarbeiten, dazu bewegt werden, keine Verträge mit diesen abzuschliessen oder bestehende aufzukündigen. Ebenso sollen alle in Connex oder Alstom investierten Gelder abgezogen werden. Damit sollen die Kosten für die beiden Konzerne so hochgeschraubt werden, dass sich das Jerusalem-Projekt nicht mehr lohnt. Als „gute“ Unternehmen sollen sie zum Ausstieg aus diesem Bauvorhaben gebracht werden. Unterstützen wir die internationale Kampagne gegen Connex und Alstom in der Schweiz!

Weitere Informationen unter:

www.urgencepalestine.ch/Activites/campagneConnex.html
www.stopthewall.org/downloads/pdf/ConexGR.pdf

KEIN „COURANT NORMAL“ IN DER RÜSTUNGSZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ-ISRAEL

Ende November 06 werden, wenige Monate nach dem israelischen Angriff auf den Libanon und den besetzten Gazastreifen, israelische Offiziere in der Schweiz erwartet. Wie der *Tagesanzeiger* Mitte Juli ankündigte, ist gleichzeitig eine Ausstellung von Rüstungsgütern aus schweizerischer und israelischer Produktion geplant. Der Besuch israelischer Offiziere in der Schweiz erfolge im Rahmen eines regelmässigen Austauschs, der zum „courant normal“ der militärischen Beziehungen beider Länder gehöre, präzisiert Dominique Bugnon, Sprecher des Militärdepartements. Im Interview mit *Le Matin dimanche* bekräftigte Bundesrat Schmid, dass die militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel trotz der angespannten Lage im Nahen Osten fortgeführt werde. (SDA, 27.8.06)

Ende Juni sollte der ehemalige General und Antiterrorberater der israelischen Regierung, Dan Arditi, auf Einladung der Schweizer Rüstungslobby in Lausanne einen Vortrag zum Thema der inneren Sicherheit halten. Proteste im Vorfeld und angekündigte Aktionen von Solidaritätsgruppen verhinderten den Auftritt. Die OrganisatorInnen der Tagung sagten die Veranstaltung ab.

In einer gemeinsamen Protesterklärung von 45 Organisationen (darunter einzelne SP-Sektionen, die Grüne Partei und verschiedene Hilfswerke) wird der Nationalrat aufgefordert, in seiner Herbstsession 2006 den Bankredit für die Installation des israelischen Funkerkennungs- und Sendesystems (IFASS) abzulehnen und auf das gesamte Rüstungsgeschäft von 400 Millionen, das letztes Jahr beschlossen wurde, zurückzukommen. „Die Mehrheit der Ratsmitglieder fasste diesen Entscheid im letzten Dezember unter dem Eindruck der ‚positiven Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Israel und Palästina‘ und damit im ganzen Nahen Osten. Diese Einschätzung hat sich, wie die Eskalation im Gaza-Streifen und der Krieg zwischen Israel und dem Libanon zeigen, als völlig falsch erwiesen.“ (Erklärung vom 30.8.06 auf www.gsoa.ch)

Wir rufen alle AktivistInnen auf, gegen diese neuerlichen Beweise der zynischen Schweizer Politik zu protestieren, in der internationales Recht zweitrangig gegenüber Geschäftsinteressen ist.

Boykott israelischer Produkte: Wie kann ich mitmachen?

Es gibt viele Möglichkeiten, sich an der Boykottkampagne zu beteiligen:

- 1) Verzichten Sie auf den Kauf israelischer Produkte.
- 2) Schreiben Sie Protestbriefe an die Verkaufsketten, die israelische Produkte in Ihrem Sortiment führen.
- 3) Unterstützen Sie offiziell den palästinensischen BDS-Aufruf, indem Sie sich oder Ihre Organisation online auf der Website von BDS-Palestine registrieren (www.bds-palestine.net).
- 4) Bilden Sie Gruppen kritischer KonsumentInnen, die Infostände oder Protestaktionen vor oder in Supermärkten durchführen. Informieren Sie uns und die Medien über Ihre Aktivitäten, damit sie auch sichtbar gemacht werden.
- 5) Unterstützen Sie die BDS-Kampagne in der Schweiz finanziell durch Spenden an den Verein Boykott Apartheid – Made in Israel: PC 40-307393-0
- 6) Helfen Sie aktiv mit an der Umsetzung der BDS-Kampagne in der Schweiz (Verbreitung der Unterlagen in Ihrem Bekanntenkreis; Ausarbeitung von Infomaterial und Kampagnenzielen; Recherchen; Mitmachen bei Aktionen).



Boykottaktion in Coop und Migros in Basel

Was wir anbieten können:

- 1) Wir stellen Informationsmaterial zum Boykott israelischer Produkte (Flugblätter, Aufkleber) und Mustervorlagen für Protestbriefe zur Verfügung.
- 2) Wir stellen interessierten Organisationen gerne die BDS-Kampagne vor und diskutieren über Möglichkeiten, wie sie aktiv werden können.
- 3) Wir helfen bei der Vernetzung mit anderen Interessierten und der Planung von Informationsständen oder Veranstaltungen (ReferentInnen, Material etc.).
- 4) Wir dokumentieren Ihre Aktionen, Protestbriefe, Flugblätter auf unserer Website. Schicken Sie Kopien, Fotos etc.
- 5) Wir informieren Sie auf der Website, im BDS-Info und in unserem elektronischen Newsletter über laufende Aktivitäten in der Schweiz und international.

Kontakt siehe Impressum

Helfen Sie mit, unseren gemeinsamen Protest sichtbar zu machen!

Verschiedene Websites

Im Folgenden einige interessante Internetseiten zur Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel:

www.BDS-Palestine.net: Auf der Website der palästinensischen BDS-Kampagne kann der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen von Juli 2005 online unterstützt werden. Daneben gibt es Links zu anderen Internetseiten von Gruppen, die die BDS-Kampagne unterstützen.

www.PACBI.org: Die Website von PACBI (Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel) bietet laufend Hintergrundartikel und aktuelle Nachrichten über die BDS-Kampagne mit Schwerpunkt auf dem akademischen und kulturellen Boykott. Zudem kann ein Newsletter abonniert werden.

www.Stopthewall.org: Die Internetseite der palästinensischen „stopthewall“-Bewegung bietet neben verschiedenen Analysen zur Geschichte des Konfliktes sowie aktuellen Nachrichten eine Reihe von Argumentationshilfen (fact sheets) für die BDS-Kampagne und Mobilisierungen gegen die Apartheidmauer.

www.ElectronicIntifada.net: Die „elektronische Intifada“ bietet vor allem theoretische Beiträge und Analysen über den israelisch-palästinensischen Konflikt, wobei als Gegengewicht zur israelfreundlichen Medienberichterstattung bewusst der palästinensischen Perspektive Vorrang eingeräumt wird.

www.ISM-france.org: Die französischsprachige Webseite von ISM (International Solidarity Movement) präsentiert ähnlich wie „stopthewall“ eine breit gefächerte Zusammenstellung von Artikeln, Analysen, Presseerklärungen etc. über den Palästina-Konflikt und ist unübertroffen schnell mit Übersetzungen wichtiger Beiträge ins Französische.

www.Bigcampaign.org: Diese Website der britischen Palästina-Solidarität ist vor allem aktionsbezogen und bietet eine Fülle an Kampagnenmaterial (Informationsbroschüren, Flyer etc.), aber auch Hintergrundinformationen zur BDS-Kampagne.

www.BDS-Info.ch: Unsere eigene Website stellt den palästinensischen Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen dar, verlinkt zur palästinensischen Website und bietet Hintergrundartikel und Infomaterial zur laufenden BDS-Kampagne in der Schweiz und international. Zudem kann auch ein elektronischer Newsletter abonniert werden.

Impressum

Verein Boykott Apartheid – Made in Israel
Postfach 4070, 4002 Basel
Beilage zum Palästina-Info
Kontonr.: PC 40-307393-0

Internet: www.bds-info.ch

Mail: kontakt@bds-info.ch

Post: Verein Boykott Apartheid, Postfach 4070, 4002 Basel

Besucht unsere Website: www.bds-info.ch

Herbst 06